



22. Mai 2024

Postulat

von Balz Bürgisser (Grüne),
und Sibylle Kauer (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf Schulanlagen, die neu erbaut oder erweitert werden und die durch den ÖV gut erschlossen sind, auf den Bau einer Tiefgarage verzichtet werden kann. Dabei soll die Anzahl oberirdischer Autoparkplätze auf dem Schulareal auf ein Minimum beschränkt werden.

Begründung:

Der Bau einer Tiefgarage produziert viel CO₂ und ist teuer.

Auch im Betrieb setzt eine Tiefgarage einen falschen Anreiz. Das Parkplatzangebot am Zielort beeinflusst die Verkehrsmittelwahl. An Schulen arbeiten zahlreiche Menschen. Wenn sie mit dem Auto anreisen, wird gegenüber den Jugendlichen ein falsches Zeichen gesetzt, und es wird CO₂ ausgestossen. Die Stadt hat sich Klimaziele gesetzt. Zum Erreichen dieser Ziele soll auch das Schulpersonal einen Beitrag leisten - bei Schulen, die durch den ÖV gut erschlossen sind, indem es auf die Anreise mit dem Auto verzichtet. Dabei sind Menschen, die in der Mobilität beeinträchtigt sind, ausgenommen. Für diese und für die Anlieferung sollen oberirdisch die notwendigen Autoparkplätze auf dem Schulareal bereitgestellt werden.

Der gemäss Parkplatzverordnung berechnete Minimalbedarf an Autoparkplätzen soll unter Berufung auf PPV Art. 8, Abs. 5 und Art. 9, Abs. 1 reduziert und verlagert werden – zugunsten von mehr Freifläche und erhöhter Sicherheit auf dem Schulareal.

B. Bürgisser

S. Kauer